

# Breslauer Zeitung.



Biwelsähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Post 2 Thlr. 11 1/4 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
zweitseitigen Seite in Beitschrift 1 1/4 Sgr.

Nr. 402. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 29. August 1863.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Frankfurt a. M., 28. August. Das „Frankfurter Journal“ ist autorisiert, die Nachricht, daß der Herzog von Coburg Autor der in Brüssel erschienenen Broschüre „Enthüllungen an das deutsche Volk über den Fürstentag zu Frankfurt a. M.“ sei, für unbegründet zu erklären.

**London**, 27. August. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,992,660, der Metallvorrath 15,309,384 Pf. St.

Der Dampfer „Shannon“ ist mit der Post aus Westindien und 464,573 Pf. St. Contantin in Southampton eingetroffen.

In St. Thomas ging ein Gericht, das jedoch noch der Bestätigung bedarf, der conföderierte Kriegsdampfer „Alabama“ habe den der Union gehörigen „Vanderbilt“ unweit Havannah in den Grund gebohrt.

## Der Fürstentag.

Der „N. Z.“ wird vom 27. August aus Frankfurt geschrieben: Die Arbeiten der erlauchten Versammlung, die hier tagt, gleichen dem Gewebe der Penelope. Statt in ihren Berathungen und Beschlüssen gradewegs vorwärts zu gehen und der Reihenfolge der Artikel des österreichischen Reformprojects zu folgen, greift das hohe Haus täglich wieder zurück, um die an den vorigen Tagen gefassten Beschlüsse wieder abzuändern oder auch ganz aufzugeben. Dazu kommt, daß die wichtigsten Fragen, weil man sich nicht einigen kann, ganz in suspense bleiben. So darf man sich nicht wundern, daß kaum nochemand weiß, was wirklich beschlossen ist und was nicht. Auch in ihrer heutigen Sitzung begann die Fürsterversammlung damit, einige frühere Artikel nochmals in Erwägung zu ziehen und zum Theil wesentlich zu modifizieren.

Zuerst wurde Art. 8 vorgenommen, der die viellangefochtenen Bestimmungen über Krieg und Frieden enthält. Die Worte: „oder wird das europäische Gleichgewicht in einer für die Sicherheit des Bundes bedrohlichen Weise gefährdet“ wurden gestrichen. Wichtiger ist eine andere Änderung. Bekanntlich soll nach dem österreichischen Entwurf der Bundesrat mit einfacher Stimmenmehrheit entscheiden, ob im Fall der Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaat, welcher zugleich außerhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht der Bund sich am Kriege beteiligen will. Hier wurde die einfache Stimmenmehrheit in eine Mehrheit von zwei Dritttheilen verändert. Dann ging man zum Artikel 11 (Bundesgesetzgebung) über, konnte sich aber auch heute noch nicht über die hier freitigen Fragen einigen. Dahin gehört namentlich die Bestimmung, daß Gesetzesvorschläge, welche eine Abänderung der Bundesverfassung in sich schließen, oder auf Kosten des Bundes eine neue, organische Einrichtung begründen sollen, nur dann genehmigt sind, wenn von den 21 Stimmen des Bundesrates wenigstens 17 sich dafür erklären. Die rechte Seite des hohen Hauses verlangt statt dieser exorbitanten Mehrheit die volle Einstimme, und will also die Bundesverfassung zur gänzlichen Erstarrung verurtheilen. — Ein zum Artikel 9 (innere Sicherheit) schon gestern gefasster Beschuß ward dadurch ergänzt, daß an die Stelle des Schlusszuges jenes Artikels die Artikel 25 bis 28 der wiener Schlussakte treten sollen. — Zum Artikel 20 konnte man sich über die gesetzliche Gewalt des Bundes sich auch auf Abänderung der Bundes-Verfassung beziehen soll, auch heute noch nicht einigen. Artikel 24 und 25 (Stimmmordnung und Gegenstände der Beschlüsse der Fürsterversammlung) wurden angenommen; doch liegt zu Artikel 25 noch ein Amendment von Hannover vor. — Endlich ging die Versammlung noch zur Berathung des Abschnittes über das Bundesgericht über. Die Artikel 26 und 27 (richterliche Wirksamkeit des Bundesgerichts) wurden angenommen, und damit die ganze Einrichtung im Prinzip genehmigt. Morgen wird die Fürsterversammlung nur noch den Artikel 28 (chiedsrichterliche Wirksamkeit des Bundesgerichts) berathen, alle übrigen Bestimmungen aber, die das Bundesgericht betreffen (Artikel 29 bis 35), den Ministerial-Conferenzen überweisen, die sich unmittelbar an den Fürstengesetz anschließen sollen. — Ein Antrag des Prinzen Heinrich der Niederlande, der die Fürstens-Versammlung gänzlich beseitigen, und statt dessen den Bundesrat stärken wollte, ward heute abgelehnt.

Für morgen steht auf der Tagesordnung Alles, worüber man die Einigung vorläufig ausgezeigt hat, und der Schlussartikel 36. Die legte Sitzung werden die Fürsten am Sonnabend halten. In dieser soll die Reformakte, wie sie aus den Berathungen hervorgegangen ist, verlesen werden und auf eine nochmalige General-Diskussion soll dann die Schlussabstimmung folgen. Wie dies ausfallen wird, ist bei der eigenthümlichen Parteigruppierung, die sich unter den Fürsten herausgebildet hat, schwer vorherzusagen. Abgesehen von Baden, welches sich durchaus ablehnend verhält und den ganzen von Österreich eingeschlagenen modus procedendi verwirft, haben sich die Hauptgruppen in folgender Weise gestaltet. Die Linke des hohen Hauses bilden Österreich (!), Königreich Sachsen, Coburg und Waldeck; das Centrum besteht aus Braunschweig, Oldenburg, Nassau und Weimar (?); alle Uebrigen gehören zur Rechten; die äußerste Rechte bilden Hannover und Mecklenburg.

Die „Neue Frankf. Ztg.“ schreibt: „Zum Schluß des Fürstentages wird der Kaiser Franz Joseph eine Ansprache an das deutsche Volk halten, in welcher er das Einigungswerk der Fürsten verkündet und besonders betont, daß Preußen der Zutritt zu demselben zu jeder Zeit freistehet.“

Es muß jetzt als sicher angesehen werden, daß dem Fürstentag Ministerconferenzen, welche die Berathung der neuen deutschen Constitution fortsetzen sollen, folgen werden. Man behauptet sicher zu sein, daß Preußen sich an denselben beteiligen werde, doch scheint dies unter der Voraussetzung, daß die Reformakte, wie sie aus den Beschlüssen des Fürstentages hervorgeht, die unveränderliche Grundlage der weiteren Berathungen bilden solle, mehr als zweifelhaft. Preußischerseits dürfte man sich auf keine Unterhandlungen einlassen, welche die Delegirten-Versammlung und den österreichischen Vorsitz bei den Bundesgewalten voraussehen.

Dagegen wird, wenn man officiösen Angaben trauen darf, Preußen

in den nächsten Tagen der österreichischen Reformakte ein Gegenprojekt gegenüberstellen.“

Daz die legte Entscheidung nicht auf dem Fürstentag selbst getroffen wird, bestätigt der „Staatsanzeiger für Württemberg.“ Er schreibt: „Es scheint gewiß zu sein, daß dem Fürstentag Minister-Conferenzen zur weiteren Berathung des Reformprojects folgen werden. An diesen wird sich der König von Preußen jedenfalls beteiligen.“ Im weiteren Verlauf spricht sich das amtliche Blatt gegen einen „abstracten“ Einheitsstaat aus, plädiert aber für ein Parlament. Es bemerkt: „Eine Auslösung zwischen Kleindeutschland und Großdeutschland ist möglich, wenn die Stimmung des Kaisers von Österreich die allgemeine und ein deutsches Parlament geschaffen wird. Mit dem Parlament, das für die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten gewählt wird, ist dem wahren Einheitstriebe des deutschen Volkes Genüge gethan. Mehr als das will dasselbe nicht. Wenn aber erst offenbar ist, daß das deutsche Volk nichts Anderes beabsichtigt, als die constitutionelle Beteiligung an seinen gemeinsamen Angelegenheiten, so wird kein deutscher Fürst etwas gegen ein deutsches Parlament einwenden. Wer von den deutschen Fürsten bis jetzt dagegen gewesen ist, ist es gewesen, weil es eben eine Partei gab, welche das Parlament als Hebel zum Umsturz aller Particular-Souveränitäten benutzt und eine Centralisation Deutschlands nach französischem Maßstab herstellen wollte. Eine solche Centralisation aber wäre der Tod alles deutschen Wesens, das eben in der freien Entwicklung der geschichtlichen Stammverschiedenheiten liegt und daher der weitesten Decentralisation für alle inneren Angelegenheiten bedarf. Von der Erhaltung der verschiedenen Souveränitäten Deutschlands hängt seine innere Freiheit, von dem innigen Zusammenschluß derselben seine Macht nach außen ab.“

Der „Presse“ wird vom 27. Aug. telegraphiert: Das österreichische Promemorium vom 23. August geht von der Thatache aus, daß die Reform-Akte in der ersten Congreßsitzung sofort allgemein als geeignete Grundlage anerkannt wurde, sowie daß die später gegen einzelne Vorschläge gerichteten Bedenken sich nicht gegen das System und die leitenden Grundsätze der Reform-Akte richteten, und indem es das freie Genehmigungsrecht der Fürsten wahrt, vertritt es die Ansicht, daß wenn eine allseitige Einigung über die Abänderungen nicht erreicht würde, die Annahme in unveränderter Fassung erwünschter scheine, als ein resultloses Ende. Um die Conferenz nicht übergeblüht zu verlängern, wäre die Berathung der Reform-Akte den hier anwesenden Ministern zu überweisen mit der Maßgabe, daß, wenn über die Abänderungs-Anträge ein gemeinsames Einverständnis nicht erzielbar sei, bei der Fassung der allseitig angenommenen Berathungsgrundlage zu verbleiben wäre.

Beufs weiterer Vereinfachung wären gewisse Bestimmungen, für deren Annahme vielleicht bereits allgemeine Geneigtheit vorhanden ist, eventuell zu genehmigen, sonach in der Minister-Conferenz einer weiteren Berathung nicht zu unterziehen. Österreich proponirt hierzu die Artikel 2, 4, 6, 16, 20, 21, 22, 24, 26, 36 gänzlich, vom Artikel 5 Alinea 1 bis 3, vom Artikel 14 Alinea 2, 4 und 5, vom Artikel 18 Alinea 1, vom Artikel 23 Alinea 1. Schließlich wird hervorgehoben, daß bei allen in der Fürsten-Conferenz erfolgenden Erklärungen bindenden Charakters, insfern dieselben den Vorbehalt der Zustimmung von constitutionellen Körperschaften erforderlich machen, dieser Vorbehalt, ohne besonders ausgedrückt werden zu müssen, als selbstverständlich zu gelten habe.

Die „Südd. Ztg.“ schreibt, Hannover habe gegen die Volksvertretung am Bunde, Mecklenburg-Schwerin gegen die Finanzkompetenz des Bundesparlaments gesprochen; die Conferenz habe Österreichs Vorschläge wahllich nicht verbessert. Nach der „Europé“ hätte Baden die meisten Gegenanträge gestellt. Das „Frankfurter Journal“ will wissen, Baden habe für den Fürstentag eine Geschäftsordnung begehr.

Heute Morgen fand im „englischen Hof“ eine Ministerzitting statt. Eine vom Grafen Rechberg vorgelegte Emendation des Beschlusses in der Directorialfrage hatte Aussicht auf Annahme.

Der „Volksz.“ wird vom 27. Aug. geschrieben: Es gewinnt nunmehr wirklich den Anschein, als ob alle Differenzen im Schooße des Fürsten-Congresses ausgänglich seien und demgemäß eine rasche Erledigung der noch ungelösten Fragen bevorstehe. Sie wissen bereits, daß die hohen Herren, bereit, von ihren Völkern zu lernen, ganz nach parlamentarischer Ordnung verfahren und ebenfalls vorberathende Commissionen gebildet haben, deren beständiges Mitglied der junge Fürst von Liechtenstein zu sein scheint. Vermuthlich ist er ein besserer Redner als ein anderer vielgenannter, wenn auch nicht sehr bewunderter Fürst weiter nördlich, von dem man sich folgende Anekdote erzählt, die zugleich den Humor und die Schlagfertigkeit des Kaisers erkennen läßt.

„Se. königl. Hoheit der . . . . . von . . . . hat das Wort“, sagte der Präsident, und der Redner begann: „Ge e e e, mā mā mā mā, ich möchte . . . . . Fahren Sie fort“, ermutigte der Präsident wohlwollend. „Ge e e e, mā mā mā mā, ich wollte . . . . Ich glaube daraus entnehmen zu dürfen, daß Sie vollkommen einverstanden sind“, schloß der Kaiser den interessanten Vortrag.

## Preußen.

Berlin, 28. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Klappert zu Aachen und dem Rentier Friedrich Wilhelm Schroeder zu Berlin den rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Gefreiten Anton Thraniewicz im 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2 die Rednings-Medaille am Bande zu verleihen; den Kreisgerichts-Director von Mühlau in Hagen als Director an das hiesige Stadtgericht zu versetzen; dem Badearzt, Sanitäts-Rath Dr. Preis in Karlsbad den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath; so wie bei dem Finanz-Ministerium den Geheimen Kalkulatoren Musal und Seeder, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Dem Fabrik-Director Dr. Rolle zu Gerstewitz bei Weißensel ist unter dem 24. August d. J. ein Patent auf eine als neu und eigenthümlich erkannte, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung zur Ablösung der flüssigen Destillations-Producte aus Theer-Schwefel, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Dem Maschinenbauer Otto Jaenike zu Gnesen ist unter dem 26. Aug. d. J. ein Patent auf ein, durch Modell nachgewiesenes, in seiner Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkanntes Vorhangeschloß, ohne Remand in der Benutzung bestimmter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem Stifts-Rent-

meister, Bürgermeister Schulz zu Lippstadt, die Erlaubnis zur Anlegung der von des Fürsten zur Lippe Durchlaucht ihm verliehenen Civil-Verdienst-Medaille zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Dankschreiben.] Auf die Übersendung von 500 Thalern als Remuneration für die Schutzmannschaft, welche bei den Excessen auf dem Moritzplatz thätig war, hat der Polizei-Präsident folgendes Schreiben an den Magistrat gerichtet:

„Von den Communalbehörden hiesiger Stadt ist nach dem geehrten Schreiben des Magistrats vom 28. v. M. aus Veranlassung der im Beginn v. M. auf dem hiesigen Kopnider Felde stattgehabten Strafenexzesse der Polizei-Präsident eine Summe von 500 Thlrn. als Gratifikation für die Schutzmannschaft vom Wachtmeister abwärts mit der Bestimmung überwiesen worden, daß dieselbe bei vorzugsweiser Berücksichtigung der verhinderten, unter diesen Schutzmannen vertheilt werden soll, welche ohne ungerechtfertigte Ausschreitung sich in Erfüllung ihrer Dienstpflicht ausgezeichnet haben.“

Indem ich die Verwendung der Summe genau nach der gegebenen Bestimmung zusage, ist es mir eine angenehme Pflicht, dem Magistrat und den Vertretern der hiesigen Stadtgemeinde meinen wärmsten Dank für das reiche Geschenk und meine Genugthuung für die ehrende Anerkennung angelegtlich auszusprechen, welche die Haltung und Wirthschaft der Schutzmannschaft jenen Unfug gegenüber sich bei derselben erworben haben.“

Berlin, den 10. August 1863.

Der Polizei-Präsident. (gez.) v. Bernuth.“

[Berichtigung.] Wir entnehmen hiesigen Blättern folgende Berichtigung: „Das königl. statistische Bureau hat keine Depesche aus Baden-Baden empfangen und hat auch der „Berliner Börsenzeitung“ keinerlei Mittheilungen über die Zahl der Theilnehmer am statistischen Congress gemacht. Berlin, den 27. August 1863. Der Director des königlichen statistischen Büros. Dr. Engel.“

[Die Wahl des Prof. Dr. Trendelenburg] zum Rector der hiesigen Universität für das Universitätsjahr 1863 bis 1864 ist bestätigt worden.

Aus Baden-Baden verlautet, daß der Ministerpräsident von Bismarck bei Sr. Majestät den Erlass einer Bundesverfassung auf breiter Grundlage, deren Grundzüge die jüngsten Schriften des Hrn. v. Bismarck bereits angekündigt, besonders warm befürwortete. (Vergl. unsere Berl. = Corresp. im heutigen Morgenbl.) Gleichzeitig heißt es, der Herr Ministerpräsident sei bei Sr. Majestät dem Könige dahin vorstellig geworden, für diesen Fall die weitere Durchführung des Planes in die Hände eines andern Ministers legen zu wollen.

[Beschwerde und Bescheid.] Das „Kirchenblatt für die evangelische Gemeinde in Königsberg“ veröffentlicht die Beschwerde, welche es unter'm 2. Juli wegen der ertheilten Verwarnung an das Ministerium des Innern gerichtet hat. Es heißt darin u. A.: Das Kirchenblatt hat die intelligentesten und ehrenwerthesten Geistlichen, darunter auch einen königlichen Consistorialrat, zu Mitarbeitern, und von diesen läßt sich schon a priori und ganz ohne Rücksicht auf die Verordnung vom 1sten Juni d. J. mit Recht erwarten, daß sie nichts produciren werden, was die öffentliche Wohlfahrt gefährdet, oder die Einrichtungen des Staates, die öffentlichen Behörden dem Hass und der Verachtung preiszugeben geeignet ist, oder Thatsachen entstellt und absolut gehässig darstellt.“ — Es wird dann ausgeführt, daß der anstößige Artikel, welcher von der evangelischen Synodal-Verfassung ic. handelt, rein objectiv gebalten sei und nichts entstellt. „Was auf dem einen, staatlich berechtigten, Standpunkte als gehässig erscheint und erscheinen kann, erscheint auf einem anderen, staatlich eben so berechtigten, Standpunkte als völlig zutreffend und angemessen. Die Polemik katholischer Blätter s. B. gegen Einrichtungen, Grundsätze ic. der evangelischen Kirche kann einem evangelischen Regierungs-Präsidenten sehr gehässig erscheinen, während sie einem katholischen Regierungs-Präsidenten ganz unverfänglich ist. Und umgekehrt kann der letztere etwa die von einem evangelischen Blatte gelieferte Darstellung der katholischen Cölibatslinden sehr gehässig befinden, während ersterer darin lautere Wahrheit sieht. In keinem Falle aber darf dem Darsteller auf der einen, wie auf der anderen Seite vorweg die straffällige Absicht untergelegt werden, daß er „Hass und Verachtung“ habe erzeugen wollen.“ — Unterm 11. August ist dem Verleger des Blattes vom Ministerium des Innern (J. A. gezeichnet v. Klützow) die Antwort geworden, daß dasselbe nicht in der Lage sei, die Verwarnung aufzuheben.

Köln, 25. Aug. [Der Central-Dombau-Vorstand] hat sich nunmehr veranlaßt gesehen, sowohl den Fackelzug, als auch die Illumination der Stadt aus dem von ihm entworfenen Programme für das Dombaufest vom 15. Oktober zu streichen. Bei der Illumination hat man bemerkt, „man könne dieselbe flüchtig den Bewohnern Kölns selbst überlassen.“ (Rh. Ztg.)

## Deutschland.

Koburg, 25. August. [Der Kaiser von Österreich] hat sich zum Besuch Ihrer Maj. der Königin von England angesetzt und wird in Folge dessen in der nächsten Zeit hier eintreffen und im herzoglichen Residenzschloß absteigen. Se. Hoheit der Herzog wird ebenso hierher kommen. (E. Z.)

Leipzig, 24. August. [Wahlen zur Ständeversammlung. — Zunftwesen.] Zu dem auf nächsten Herbst zusammenstehenden Landtag sind mehrere Neuwähler vorzunehmen; aber nirgends zeigt sich nur das mindeste Interesse dafür. Das politische Leben im Allgemeinen ist in Sachsen bis auf ein kaum bemerkbares Minimum herabgedrückt, und die Landtagswahlen verfehlen schon deshalb die Gemüther in keine Spannung, weil wir im intelligenten Sachsen noch unter der Ahndung des Bezirkszwanges seufzen, der die zweite Kammer unseres Landtages zu einer seltsamen Vereinigung von Bezirksgrößen und Lokalgütern macht. Wie weit die Pedanterie bei uns geht, mag daraus ersehen werden, daß in der Kammer die Abgeordneten nicht ihre Sitz frei wählen dürfen, so daß Freunde und Gegnungsgegnossen sich zusammensetzen können; jeder Abgeordnete erhält durch das Los seinen bestimmten Platz, und auf dem muß er sitzen und ausharren wie ein Schulbube. Zu solcher Genialität versteigen sich die Urheber unserer Verfassung, um — keine Parteien aufzutreten zu lassen. Immer von Neuem wiederholen sich die Klagen über das zähe, aber vollständig haltlose Beharren der alten, durchaus inhalt- und bedeutungslos gewordenen Innungen, von denen man vergeblich gepflegt hatte, sie würden sich in moderne und nützliche Corporationen umgestalten. Es stellt sich immer klarer heraus, daß Regierung und Kammer einen großen politischen Fehler beginnen, als sie den Vorurtheil des Spießbürgertums zu Liebe, den Innungen noch eine Scheineristung gewähren. Drollig aber ist die Naivität, mit welcher der hiesige Pastor Abfeld unlängst öffentlich sich dahin aussprechen verhoffte, daß an die Stelle der Innungen — wer räth's wohl? — die christlichen Junglingsvereine treten müssten. Als ob man mit dem Katechismus und den Kneideln des Gesangbuchs den Kampf mit dem Leben aufnehmen könnte! — Eine wahrhaft heilsame That hat Faucher verübt, indem er während der letzten Monate in vielen Städten Sachsen auftrat und mit seiner belebrenden und zündenden Vereintamkeit nicht nur im Allgemeinen volkswirtschaftliche Auflärung verbreitete, sondern auch über viele Einzelheiten, zumal den preußisch-französischen Handelsvertrag, recht wohltätige Unterweisung gab. Die Anregung, die seine Vorträge stets geben, wird ohne Zweifel die besten Früchte tragen.

**Ludwigsburg**, 26. Aug. Zu der heutigen Todtenfeier Körner's waren hier selbst aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands Deputationen und Genossen eingetroffen, die hier im feierlichen Zuge vereint, gegen 3 Uhr Nachmittags Wöbbelin erreichten. Beim Umzug um das Grab des deutschen Sängers und Helden wurden die Kränze und Spenden von dem Centralausschus in Empfang genommen und zum Theil aufs Grab gelegt, theil an die Körner-Eiche gehetet, theils zur Ausschmückung der Grableine benutzt. — Die Erinnerungsrede hielt der Hofrat Fr. Förster. Dann trat der Geh. Hofrat Siebel, bei den Lützowern unter dem Namen Feldwebel Bär bekannt, als zweiter Redner auf. Nach einer Ehrensalve, welche die Lützower Veteranen über dem Grabe gaben, und nach dem Gesange eines zu dieser Feier besonders komponirten Liedes hielt Pastor Horn die Schlussrede. Die zu dieser Feier Versammelten, deren Zahl sich auf 5 bis 6000 Personen belauften mochte, traten darauf den Rückweg nach Ludwigsburg an, von wo die Mehrzahl der Gäste mit den Extrazügen um 11 und 12 Uhr nachts wieder in die Heimath abreiste.

### Frankreich.

**Paris**, 25. Aug. [Über den Fürrstentag.] Die „Opinion nation“ bringt heute einen Artikel über Österreich und den Ultramontanismus, um nachzuweisen, daß, wie überall, so auch in Österreich, die ultramontanen Bestrebungen an Boden zu verlieren anfangen, und von der Zukunft keine großen Erfolge mehr hoffen dürfen. Die durch den frankfurter Congress konstituierte Suprematie Österreichs in Deutschland ist, nach der „Opin. nation“, keineswegs ein Sieg Süddeutschlands über Norddeutschland, sondern nur ein neuer Beweis für die von allen Regierungen sehr zu beherzigende Wahrheit, daß ein Staat durch eine vermehrte Summe von Freiheit sofort ein Anziehungspunkt für die benachbarten Staaten wird, während ein Staat, in dem die Summe der Freiheiten abnimmt, sich selber zur Vereinzelung und Ohnmacht verdammt. Eine Allianz Frankreichs mit Österreich hält die „Opin. nation.“ für nützlich und selbst für nothwendig.

### Großbritannien.

**London**, 25. Aug. [Ein Beispiel von englischer Pressefreiheit.] Die Grafschaftsrichter von Sussex hatten einen betrunkenen Passagier, welcher sich auf der Eisenbahn sehr ungebührlich betragen hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der „Examiner“ war mit diesem Urtheile nicht zufrieden, und mit der Pressefreiheit, die in England selbstverständlich und das Geburtsrecht jedes freigeborenen Briten ist, beleuchtete und beurtheilte er das richterliche Urtheil von Anfang bis zu Ende, griff es auf das schaunungsloseste an und beschuldigte die Richter, allen Schurken die beste Anweisung zu ertheilen, wie sie die abscheulichsten Unthaten sogenug wie ungestraft verrichten könnten. Als Beispiel, auf welche Weise das richterliche Urtheil vom „Examiner“ durch die Hechel gezogen wird, begnügen wir uns, den Schluss des Artikels anzuführen. Er lautet: „Wenn wir eine solche richterliche Entscheidung lesen, fühlen wir uns versucht, zu fragen, ob gewisse Richtersprüche nicht mit Betrunkenheit entshuldigt werden müssen. Dürfen Leute, die ihrer Sinne mächtig sind, Vergebung finden für solche unheilvolle Abgeschmacktheiten?“ So der „Examiner“ vom 15. Aug. Man suche sich vorzufallen, daß ein solcher Artikel in einem deutschen Blatte erschienen wäre, und man kann sich denken, in welch furchtbare Aufregung Polizei, Staats-Anwaltschaft und Gerichte gerathen würden. Und wenn sich nun gar herausstellen sollte, wie in diesem Falle, daß der ganze Thatbestand vom „Examiner“ falsch angegeben war, und den Richter nicht der geringste Vorwurf treffe, was für ein Plaidoyer des Staatsanwaltes wäre zu erwarten? Es würde das Ende der Welt in sichere Aussicht stellen, wenn ein so furchtbare Frevel am Heiligthume der Geseze, eine so abscheuliche Verleumdung, eine so namenlose Beleidigung richterlicher Beamten in Bezug auf ihren Beruf nicht mit den strengsten Strafen des Gesetzes bestraft würde. Doch wie wird die Sache in England abgemacht? Der „Examiner“ vom 22. Aug. bringt ein Schreiben von einem der angegriffenen Richter, Montague David Scott, in welchem er den wahren Sachverhalt auseinander setzt und mit den Worten schließt: „Hätte ich mich so geäußert, wie ein falscher Bericht mich sprechen läßt, so würde ich die strengen Bemerkungen des „Examiner“ verdient haben.“ Der Redakteur macht dazu die Anmerkung: „Die Rechtfertigung ist vollständig, und wir ziehen unsere Bemerkungen zurück, die sich auf einen falschen Zeitungsbericht gründeten.“ Damit ist die Sache in Ordnung. Wir wollen uns keineswegs zu Vertheidigern einer so weit ausgedehnten Pressefreiheit aufwerfen; aber wenn man in England auf der einen Seite zu weit geht, so in Deutschland auf der anderen. Denn bei uns fehlt es nicht an solchen, welche jedes richterliche Urtheil am liebsten der öffentlichen Besprechung entziehen möchten und selbst eine rein sachliche Kritik nicht für angemessen erachten. Der Richter, sagen sie, ist nur seinem Gewissen verantwortlich. Allerdings erfreut sich der Richter des durchaus angemessenen und nothwendigen Privilegiums, daß er für seinen Richterspruch keiner äußeren Verantwortung unterliegt. Aber folgt daraus, daß seine Urtheile allein von allen irischen Dingen, selbst der öffentlichen Besprechung, ganz entzogen werden müssen? Ist eine solche unnatürliche Stellung für den Richter selbst wünschenswert? Ist sie eines freien Volkes würdig? Kann dabei Selbstständigkeit und Männlichkeit bestehen? Und was man auch theoretisch gegen eine so große Pressefreiheit sagen mag, an welche das englische Volk sich gewöhnt hat, wie an die Luft, welche es atmet, so lehrt doch die Erfahrung, daß der Richterstand nirgends in so grohem, allgemeinem Ansehen steht, nirgends eine so hohe Stellung einnimmt, als gerade in England, wo seine Entscheidungen in der gesammten Presse täglich mit dem rücksichtslosesten Freimuthe beurtheilt werden.

(S. 3.)

### Nußland.

#### Unruhen in Polen.

**Riga**, 24. Aug. [Gefecht.] Aufstand. — Gefangene Insurgenten.] Was man in jüngerer Zeit, wo der polnische Aufstand allenthalben als beinahe unterdrückt bezeichnet wird, kaum noch annehmen zu dürfen glaubte, daß nämlich die deutschen Kurz und Livländer sich noch mit den polnischen Insurgenten herumschlagen würden, ist dennoch zur Wahrheit geworden. Vorgestern hat ein ziemlich ernstes Gefecht circa 6 Meilen von Mitau, da wo die Da in die Düna geht, zwischen Insurgenten und mitauer Bürgergarde stattgefunden. Bekanntlich sind kurländische Güter schon seit Wochen nächtlicher Weile überfallen und geplündert worden, was die Insurgenten um so häufiger wiederholten, als sie wußten, daß die Ostseeprovinzen fast ganz ohne militärische Besatzung sind. Vorgestern machte nun die unlängst organisierte mitauer Bürgerwehr mit den Bewohnern der umliegenden Güter einen Ausfall auf die aus den nahen Wältern gefommene, circa 600 Mann starke Insurgentenbande, um dieselbe nach Polen zurückzuwerfen. Das ist denn auch vorläufig gelungen; es kam zu einem kleinen Gefechte, wobei die Insurgenten flüchtend sich in die Wälder zurückzogen. Gefallen ist auf beiden Seiten Niemand, dagegen sind zahlreiche Verwundungen vorgekommen; die Mitauer machten 42 Gefangene (darunter 6 Priester), welche gestern gefestet hier eingekreist wurden. — Unter den circa 450 Insurgenten, welche zur Verban-

nung nach Sibirien verurtheilt und in der hiesigen Citadelle internirt sind (alle 14 Tage legt hier nur einmal ein Kriegsschiff an, um Gefangene nach Kronstadt oder Finnland an Bord zu nehmen), ist in vergangener Nacht ein Aufstand ausgebrochen; die Wachen wurden überwältigt, und einem Theile der Gefangenen gelang es aus den Festungswällen zu entkommen. Das schleunigst mobilisierte Militär der nahe gelegenen Kasematten stellte die Ordnung wieder her. Heute ist hier nun die Aufregung sehr groß, alles versieht sich mit Waffen, namentlich die Landbewohner, da man nächtliche Überfälle fürchtet. — Als Beweis, wie gering gegenwärtig unsre militärische Küstenbefestigung ist, führe ich an, daß die Garnison der Festung Dünabünde augenblicklich nur aus 50 Mann Infanterie besteht. Dagegen liegen acht Kriegsschiffe vor derselben. — So eben bei Schluss des Briefes treffen noch Insurgenten theils zu Wagen, theils zu Fuß hier ein; dieselben unterscheiden sich von den bisher hier gesesehenen durch ihre Kleidung, und scheinen einem Freicorps angehört zu haben: sie tragen graue Tropen, und auf dem Kopf die dunkle Konfederata mit einem messingnen Kreuze in Form des preußischen Landwehrkreuzes.

**Wilna**, 25. August. Der heutige „Kurier Wilenski“ zeigt in seinem amtlichen Theile an, daß auf dem hiesigen Bahnhofe ein Warschauer, Biensowski, arretiert worden ist, welcher nach längerem Leugnen zugestanden haben soll, daß er das Attentat auf Domojko's Leben versucht. Außerdem sind noch zwei angebliche Complicen Biensowskis verhaftet, und außerdem drei andere Männer arretiert, welche im Verdacht stehen, Agenten der Nationalregierung zu sein. Sie sind sämmtlich nach hiesigen Gefängnissen gebracht. (Ostd. 3.)

**Krakau**, 27. August. Im District Mariampol (Litauen) wurden auf Befehl Murawieffs 5 Bauern gehängt, eine Menge Bauern verhaftet und 30 derselben nach Wilna gebracht, um Loyalitätsadressen an den Kaiser zu unterzeichnen.

**Lemberg**, 25. Aug. [Confiscirte Waffen.] Wysocki.

Heute Morgen wurden in der Neuen-Gasse acht Kisten Monturstücke und Rüstungssorten und drei Kisten Munition saisiert. Dieselben wurden in einem Magazine vorgefunden, waren augenscheinlich zum Transporte vorbereitet und sind allem Anschein nach ein Rest von bereits nach dem Insurrections-Schauplatze gelieferten Waaren. — Der hier internirte General Wysocki hat nun, wie man versichert, auf Verwendung von polnischer Seite bei Herrn v. Schmerling, ein lichtes Gefängnis erhalten. Derselbe, ein Mann im Alter von 57 Jahren, bewohnte eine dunkle Zelle und wurde von polnischen Patrioten nicht häufig besucht. Der Grund hieron ist, daß derselbe — ein erfahrener und aus dem ungarischen Kriege her bekannter General — die Organisirung und Führung der Aufständischen im Gouvernement Wolhynien nur widerstreitend annahm und ihm die Schlappe bei Radziwilow zur Last gelegt wird, (Prese.)

### Griechenland.

**Athen**, 22. August. Die zur sogenannten Ebene (gemäßigte Partei) gehörigen vier Minister gaben ihre Entlassung. Der englische Gesandte richtete wegen des Conflictes im Pyräneus eine Note an die Regierung, und verlangte strenge Bestrafung der Schulden. Mehrere durch die Revolution vertriebene Notabeln, darunter General Myrios, Kolokotronis und Karatas, sind zurückgekehrt. In den Provinzen herrscht Ruhe; auch in Messenien und Lakonien veranlassen die Zustände keine ernsteren Befürchtungen. General Kalergis wurde zum Begleiter des Königs auf der Reise nach Griechenland ernannt.

**Breslau**, 29. August. Abhanden gekommen ist auf der Neuschenstraße bei Gelegenheit einer Schlagerei eine silberne Cylinderuhr. Als herrenlos an die Polizei-Behörde eingeliefert: eine lebende weiße Gans.

Gefunden wurden: drei Stück kleine Schlüssel, ein Schlüssel, eine schwärzefarbene Mantille mit Fransen und Borte besetzt, ein weißleinenes Taschentuch, ein großer Schlüssel. (Pol. Bl.)

**Grüneberg**, 26. Aug. [Unsere Eisenbahn betreffend.] Ist dieser Tage eine Deputation der Commune Sommerfeld hier gewesen, welche für den Fall, daß die Bahn, statt in Guben, in Sommerfeld anstösse, eine Beleihung von 100,000 Thlr. Stammactien, freies Bahnhof- und Bahnlant auf sommerfelder Gebiet und einen Theil der Vorarbeits-Kosten angeboten hat. Es sollen, wie man hört, diese Anerbietungen den verbündeten Kreisen und Städten in nächster Conferenz mitgetheilt werden. Die Bahn würde bei solcher Änderung um ca. 1½ Meilen länger werden, wogegen bei Fortsetzung der Bahn über Forst und Cottbus nach Leipzig, Halle u. s. w. ca. ¼ Meilen Entfernung erspart würden. — In grüneberger Kreise nimmt die Stammactien-Zeichnung sehr günstigen Fortgang. (G. W.)

**M. Leutmannsdorf**, 26. August.) Der hiesige Turnverein, der ohnehin wenig Lebendkraft besäß, dürfte am 24. d. M. Anregung zu mancherlei Dissonanzen erhalten haben. 25 bis 30 Turner und Turnfreunde behielten nach Anfassung der Turngeräthe ca. 15 Thlr. in der Turnstube. Am letzten Turntag, an welchem, wie gewöhnlich, ein äußerst geringer Theil der Turner und 3 Turnfreunde, im Ganzen 9 Mitglieder, sich eingefunden hatten, mache man den Vorschlag, der Turnverein möge einen Spaziergang ins Freie abhalten und hinterher sich zum Balle im Bergkreisbad einzufinden; die Kosten sollten aus der Turnstube gedeckt werden. Das kleinste Drittel der ohne Einladung versammelten Turnmitglieder kinnite bei, und so wurde die Turnstube gesperrt. Noch verdient bemerkt zu werden, daß bei dem betreffenden Spaziergang an kein Turnen gedacht wurde.

\*) Ist erwünscht.

D. Ned.

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, Basrometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter.

Breslau, 28. Aug. 10 U. Ab. 331,36 + 18,6 S. 1. Heiter.  
29. Aug. 6 U. Mdg. 331,77 + 15,3 S. 1. Heiter.

Breslau, 29. Aug. [Wasserstand.] O.-P. 13 X. 6 J. U.-P. 1 X. — .

**Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.**

**Paris**, 28. Aug., Nachm. 1½ Uhr. Der Cours der 3pct. Rente war

67, 60, der des Credit-mobilier 1105.

**London**, 28. August, Nachm. 3 Uhr. Silber 61—61 ½. Türkische Consols 52 ½. Consols 93 %. Iproz. Spanier 48. Meridianer 39 ½. 5proz. Russen 94 ½. Neue Russen 92 ½. Sardinier 89. Hamburg 3 Monat 13 Mt. 8 ½ Sch. Wien 11 Mt. 40 Kr.

Der fällige Dampfer aus Rio de Janeiro ist in Lissabon angelommen.

**Wien**, 28. August, Nachm. 12 ½ Uhr. Börse geschäftlos und still. 5proz. Metalliques 76, 60. 4½ proz. Metalliques 69, —. 1854er Loose 95, 25. Bank-Attien 792, —. Nordbahn 170, —. National-Anteilen 82, 50. Credit-Attien 191, —. Staats-Eisenbahn-Attien-Cert. 188, —. London 111, 75. Hamburg 83, 30. Paris 44, 20. Gold —. Böhmisches Westbahn 162, 25. Neue Loose 134, 75. 1860er Loose 100, 95. Lomb. Eisenbahn 245, —.

**Frankfurt a. M.**, 28. August, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Österreicher Effeten im Allgemeinen bei nicht belangreichem Geschäft etwas niedriger.

Böhmisches West-Bahn 72 ½. Finnische Anteile 89. —

Schlüssel-Course: Ludwigshafen-Berbach 143 ½. Wiener Wechsel 104 ½. Darmst. Bank-Attien 235 ½. Darmst. Zettel-Bank 256. 5proz. Metalliques 66. 4½ prozentige Metalliques 60. 1854er Loose 83 ½. Österreicher National-Ant. 71 %. Österre. Franz. Staats-Eisenbahn-Attien 200. Österre. Bank-Ant. 90 %. Österre. Elisabethbahn 127. Rhein-Nahebahn 30 ½. Hessische Ludwigsbahn 128.

**Hamburg**, 28. August, Nachm. 2 Uhr 30 M. Die Börse war fest bei wenigem Geschäft. Finn. Anteile 88 Br. Das Wetter ist anhaltend warm.

Schlüssel-Course: National-Anteile 73. Österre. Credit-Attien 84 ½. Vereinsbank 104 %. Nordb. Bank 106 %. Rheinische 100 %. Nordbahn 63 ½. Disconto —. Wien 85, 25. Petersburg 32 ½.

**Hamburg**, 28. August. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert

und geschäftlos. Roggen ab Danzig Sept.-Okt. nur zu 66 Thlr. zu haben, doch ohne Nehmer. Del loco 27 ½ Br., Oktober 27 ½, Nov. Dez. 27 ½—27 %. Kaffee, eingegangene Depeschen aus Rio de Janeiro machen einen günstigen Eindruck, doch fanden Umfragen nicht statt. Binf 2500 Cr. Sept.-Okt. zu 12 ½ verkaufst.

**Liverpool**, 28. August. [Baumwolle.] 12,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wothenum 14,100 Ballen. Middleton Orleans 23 ½, Upland 23 ½, Fair Dholera 19 ½—19 ½.

**London**, 28. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). In Getreide war nur wenig Geschäft zu Montagspreisen. — Schönes Wetter.

**Amsterdam**, 28. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen polnisch 10 fl. niedriger. Roggen stille Raps September 70, April 72 ½. Rüböl November 40 ½, April 40 %.

**Berlin**, 28. Aug. Leidlich fest bei geringen Umfragen. Das ist Alles, was sich über den heutigen Börsenverkehr sagen läßt. Die österr. Papiere bildeten teilweise durch größere Geschäftstätigkeit eine Ausnahme, namentlich waren Osterr. Credit-Aktion und Loose nicht eben unbelebt. Von Credit-aktion verkehrten Genera zu besseren Coursen, von Eisenbahnen waren Oberösterreichische und Lombarden am wenigsten vernachlässigt, auch in fremden Fonds gingen Manches um, während preußische unbeachtet waren, bei letzteren wichtig die 5pro. Anleihe um ¼ p. Dividende pro 1861 1862 Zf. (B. u. S. 3.)

### Berliner Börse vom 28. August 1863.

#### Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. von 1859	14 ½	101 ½	bz.	Dividende pro 1861 1862 Zf.
dito 1850	52 2	98 ½	bz.	Aachen-Düsseldorf 3 ½ 3 ½ 3 ½ 93 ½ bz.
dito	1854	49 ½	101 ½	Aachen-Maastricht 0 0 4 34 ½ bz.
dito	1855	47	101 ½	Amsterd.-Rottd. 5 ½ 6 ½ 107 bz.
dito	1856	47	101 ½	Berg.-Markisch. 6 ½ 7 ½ 153 ½ bz.
dito	1857	47	101 ½	Berlin-Anhalt. 8 ½ 8 ½ 123 bz.
dito	1858	47	101 ½	Berl.-Potsd.-Mg. 11 14 4 193 ½ bz.
dito	1859	47	101 ½	Berl.-Stettin. 7 ½ 7 ½ 136 ½ bz.
dito	1863	47	98 ½	Böh.-Westb. 5 6 4 127 ½ bz.
Staats-Schuldscheine	3	90 ½	bz.	Breslau-Freib. 6 ½ 8 ½ 143 ½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	37	130 ½</td		